

Refugee Strike Flüchtlingsproteste im Jahre 2012

Eine bisher einmalige Protestwelle von Asylsuchenden gegen die restriktive deutsche Asylpolitik bewirkte, daß die unwürdigen Lebensbedingungen von Flüchtlingen ins öffentliche Bewußtsein gerieten und auf die politische Agenda gelangten. Auslöser der Proteste war der Suizid des Iraners Mohammad Rahsepar, der sich Anfang des Jahres im Flüchtlingslager Würzburg erhängte (siehe auch 29. Januar 12). Seine Freunde und MitbewohnerInnen machten die besonders harte bayerische Asylpolitik für die Selbsttötung verantwortlich.

Break the Silence

Ab März 2012 errichteten Flüchtlinge in der Würzburger Innenstadt vor dem Rathaus Zelte und begannen, ihren Protest öffentlich zu machen. Über 150 Tage rund um die Uhr informierten sie die Bevölkerung und traten in einen Hungerstreik, bei dem sich einige der Protestierenden den Mund demonstrativ zunähnten (siehe auch 29. März 12). Die Aktionen wurden durchgehend von Repressionsversuchen der Behörden begleitet. Die Stadt Würzburg versuchte zunächst, das Protestcamp zu verbieten, scheiterte damit jedoch sowohl vor dem Verwaltungsgericht Würzburg als auch vor dem Verwaltungsgerichtshof in München.

We will rise – Refugee Protestmarch

Im Sommer weitete sich der Protest auf andere Städte aus. Protest- und Infozelte wurden u.a. in Aub, Bamberg, Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Nürnberg, Osnabrück, Passau und Regensburg errichtet. Am 8. September machten sich ca. 50 Flüchtlinge aus dem ganzen Bundesgebiet gemeinsam mit UnterstützerInnen zu Fuß auf den Weg von Würzburg nach Berlin. Eine zweite Gruppe unternahm den Weg nach Berlin auf einer anderen Route quer durch die BRD per Bus. Obwohl der Protestmarsch mehrmals von Neonazis angegriffen wurde, schlossen sich immer mehr Flüchtlinge und UnterstützerInnen der Karawane an.

Am 6. Oktober erreichten die Protestierenden Berlin und errichteten am Oranienplatz in Berlin-Kreuzberg ein großes Protestcamp.



Der Widerstand gegen die Residenzpflicht, die einen Verstoß gegen das internationale Menschenrecht der Bewegungsfreiheit darstellt, ist dabei Teil des Protestes. Die Flüchtlinge brechen dieses Gesetz bewußt seit dem 19. März diesen Jahres.

Neben der Abschaffung der Residenzpflicht werden das Ende sämtlicher Abschiebungen, die Aufhebung des Zwangs in Lagern leben zu müssen sowie die Schaffung besserer Lebensbedingungen für Asylsuchende gefordert.

Die für Samstag, den 13. Oktober in Berlin ausgerufene Demonstration wurde mit 6.000 TeilnehmerInnen zu der bis dahin größten Demonstration für die Rechte von Flüchtlingen und Asylsuchenden in der Bundesrepublik.

Am 15. Oktober besetzten Flüchtlinge und AktivistInnen die Nigerianische Botschaft, um gegen sogenannte "Botschaftsanhörungen" zu protestieren. Die Polizei löste die Besetzung derart gewalttätig auf, daß die Staatsanwaltschaft gegen drei Polizisten Verfahren wegen Körperverletzung im Amt eröffnen mußte (siehe auch 15. Oktober 12).

Der Hungerstreik geht weiter

Da von politischer Seite den Forderungen nicht begegnet wurde, verlagerte eine Gruppe der am Oranienplatz campierenden Flüchtlinge ihren Protest an Berlins zentralsten Ort und begann am 24. Oktober direkt vor dem Brandenburger Tor einen Hungerstreik. Im Gegensatz zu dem geduldeten Protestcamp in Kreuzberg ging das Bezirksamt Berlin-Mitte unter Polizeieinsatz hier rigoros gegen die Flüchtlinge vor. Doch auch unter widrigsten Umständen und ständigen Schikanen durch die Polizei, die ihnen bei Nässe und Kälte Zelte, Schlafsäcke und Sitzunterlagen wegnahmen gelang es ihnen den Protest fortzusetzen (siehe auch 24. Oktober 12).

Nach einem Gespräch mit der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU), unterbrachen die Flüchtlinge ihren Hungerstreik zunächst, nahmen ihn am 16. November allerdings wieder auf, da sie sich von der Politik nicht ernst genommen und getäuscht sahen. Als am 1. Dezember der von einem Busunternehmen zur Verfügung gestellte Wärmebus von der Polizei entfernt und funktionsuntüchtig gemacht wurde, brachen die Flüchtlinge ihren zweiten Hungerstreik wieder ab. Am 8. Dezember besetzten sie gemeinsam mit einer Gruppe GentrifizierungsgegnerInnen die leerstehende, ehemalige Gerhart-Hauptmann-Schule in der Ohlauer Straße in Kreuzberg. Das Camp am Oranienplatz bleibt weiter bestehen.

„Bis unsere Forderungen erfüllt sind...“

Die Refugee Tent Action wird auch im Jahre 2013 fortgesetzt – ein Ende ist nicht absehbar. Ein qualitativer Unterschied zu früheren Protestaktionen liegt insbesondere in der betont selbstbestimmten Organisation durch die Flüchtlinge sowie in der Ausdauer, Intensität und Entschlossenheit / Kompromißlosigkeit des Protestes. Daß die Themen Asylrecht und Lebensbedingungen der Asylsuchenden in der BRD erneut in den Focus des öffentlichen Interesses rückten und so in die parlamentarische Debatte eingebracht wurden, ist allein das Verdienst der protestierenden Flüchtlinge.

Insbesondere folgende Rechte und infrastrukturelle Maßnahmen wurden von politischen Vertretungen aufgenommen: das Recht zu arbeiten, das Recht die deutsche Sprache zu erlernen sowie die Abschaffung der Residenzpflicht.

Am 27. September 2012 wurde die von 1.300 Personen unterzeichnete Petition der Flüchtlinge im Bayerischen Landtag behandelt. CSU, FDP und Freie Wähler stimmten dabei entgegen ihrer früheren harten Linie mehrheitlich für eine grundsätzliche Überprüfung des Asylrechts durch die Staatsregierung.

Im November 2012 lockerte das Land Hessen die Residenzpflicht. Die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Bremen, Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg hatten schon vorher von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht, die seit einer Änderung des Asylverfahrensgesetzes 2011 besteht.

Da in einigen Bundesländern die Flüchtlinge mit geduldetem Aufenthalt von der Lockerung der Residenzpflicht ausgenommen sind, soll der Protest solange fortgesetzt werden, bis Lager- und Residenzpflicht abgeschafft und die bestehende Abschiebep Praxis beendet sind.

Die Flüchtlinge haben in ihrem Kampf für ihre Rechte viel riskiert und viel gelitten. Sie haben den Witterungsbedingungen und Repressionen durch die eingesetzten Polizeikräfte, den politisch Verantwortlichen sowie den Behörden getrotzt – und sie haben sich nicht unterkriegen lassen.

So sagt die Aktivistin Napuli Langa aus dem Camp am Oranienplatz: „Wir haben es uns ausgesucht, hier zu sein. Ja, es ist kalt, es regnet in die Zelte, wir können oft tagelang nicht duschen. Aber all das ist besser, als in einem Gefängnis zu sein. Hier sind wir frei, können kommen und gehen, Freunde treffen.“



Quellen:

www.refugeetentaction.net, taz 19.2.2013, taz 5.10.2012, taz 16.11.2012, jW 10.10.2012,
http://de.wikipedia.org/wiki/Asylproteste_in_Deutschland_2012#cite_note-33,
<http://asylstrikeberlin.wordpress.com>